

Immer weniger Geld im Börsel

Während die Reichen immer reicher werden, wird das Geld im Börsel von ArbeitnehmerInnen immer weniger. Das ist Ausdruck der kapitalistischen Normalität: Der Anteil der Working Poor und Arbeitslosigkeit steigen, Löhne stagnieren. 8% der Erwerbstätigen sind trotz Job armutsgefährdet. Löhne werden gedrückt, um die Profite zu erhalten.

Seite 2

USA: Höchster Mindestlohn der Welt

Socialist Alternative, die Schwesterorganisation der SLP in den USA, erkämpfte in Seattle einen Mindestlohn von \$15. Die Bewegung der NiedriglohnarbeiterInnen breitet sich immer weiter aus. Wie der Erfolg erreicht wurde und wie noch mehr erkämpft werden kann, berichtet Patrick Ayers von Socialist Alternative Seattle.

Seite 12

Schwerpunkt

Vor 75 Jahren brach Hitlerdeutschland den 2. Weltkrieg vom Zaun. Die Gründe faschistischer Barbarei, kapitalistischer Interessen und der imperialistischen Manöver aus marxistischer Sicht.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 231 | 09.2014



Wir brauchen mehr Geld zum Leben!

Im September läuten die Lohnverhandlungen bei Metallern und Bau-Holz den Auftakt der Herbstlohnrunde ein. Die steht im Zeichen einer noch immer stagnierenden

Die Unternehmerseite benutzt das, um zu behaupten, dass deshalb Lohnerhöhung nicht möglich seien, da kein Geld da wäre. Und das, obwohl die Unternehmen riesige Ge-

Öffentliche Hand für öffentlichen Verkehr, Bildung und Gesundheitswesen.

Sogar das Wifo erkennt dass es „ein weiteres Problem neben der Investitionszurückhaltung der Unternehmen sei, dass die Real-einkommen das fünfte Jahr in Folge sinken.“

Doch wir sind nicht nur für höhere Löhne, damit die Wirtschaft angekurbelt wird sondern einfach, weil sie uns für unsere Arbeit zustehen und wir das Geld brauchen um zu leben und uns Miete, Lebensmittel usw. leisten zu können.

Die niedrigen Lohnerhöhung der letzten Jahre reichen oft nicht einmal um die Inflation auszugleichen.

Um das zu verhindern, braucht es eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflation.

Doch es ist falsch, wenn die Gewerkschaft behauptet, kalte Progression und Inflation fressen die guten Lohnabschlüsse auf. Denn durch das Verzichten des ÖGB auf Arbeitskämpfe und Streiks waren die Abschlüsse in den letzten Jahren mager, wo gekämpft wurde, waren die Ergebnisse besser.

Fromme Bitten an Vertreter der Wirtschaft reichen nicht, um Lohnerhöhungen zu erreichen. Genauso wenig wie Unterschriften reichen werden,

um die Regierung zu einer Senkung der Lohnsteuer zu bringen.

Um Zugeständnisse und Erfolge gegenüber Regierung und Unternehmen zu erzielen, braucht es eine kämpferische Kampagne getragen von Gewerkschaftsmitgliedern und -aktivistinnen um Druck aufzubauen.

Christoph Glaninger

Die SLP fordert:

- Eine kämpferische Kampagne für KV-Abschlüsse mit ordentlichen Erhöhungen
- Automatische Inflationsanpassung der Löhne
- Eine aktive Kampagne für eine Senkung der Lohnsteuer!

Höhere Löhne werden uns nicht geschenkt, die müssen wir hart erkämpfen!

Wirtschaft. Von den optimistischen Aussagen am Jahresanfang ist nicht mehr viel zu hören, z.B. senkte die Bank Austria ihre Wachstumserwartung für 2014 von 2% auf 0,8%.

winne und Managementgehälter bzw. -Bonis auszahlen. Außerdem horten sie viele Milliarden, ohne diese zu investieren. Die SLP fordert eine 50%ige Besteuerung dieser Gelder – und ihren Einsatz durch die

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Wie war das mit dem Zauberlehrling? Die USA unterstützten die Mudschaheddin (gegen die Sowjetunion), die Vorläufer der Taliban. Israels Regierung baute die Hamas als Gegenpol zur linken PLO auf. Die Geister, die der Imperialismus rief, wird er nicht mehr los. Dort, wo religiöse Fanatiker nicht direkt aufgebaut wurden, wurden die Grundlagen für ihr Wachstum geschaffen: Ausbeutung der nigerianischen Rohstoffe durch den Imperialismus – so kann sich Boko Haram als Alternative präsentieren. Afghanistan bzw. Libyen, die ins Mittelalter gebombt wurden. Im Irak wird eine Elite, die ausländische Firmen un-

Großmachen, draufhauen, und das Ganze nochmal

terstützt, hofiert, das Land auszuplündern und entlang religiöser Linien zu spalten. In Syrien werden Waffen an die Rebellen geliefert, um den beim Westen unbeliebten Assad zu beseitigen – während die PKK, eine nicht religiöse linke Kraft, die sich Isis/IS erfolgreich entgegensetzt, im Westen selbst kriminalisiert wird.

Isis/IS ist ein weiteres Kapitel im langen Buch der Verbrechen des Imperialismus. Die ewig gleiche „Lösung“ des Imperialismus: Eine militärische Intervention des Westens wird als notwendig präsentiert, um den Isis-Wahnsinn zu stoppen. Doch mit den für die Terrorbekämpfung untauglichen Mitteln des Imperialismus wachsen der fundamentalistischen Hydra für jeden abgeschlagenen Kopf mehrere neue. Weil eben bestenfalls Symptome, nie aber Ursachen bekämpft werden. Wie können die Übel des religiösen Fundamentalismus und der lokalen Warlords wieder in die Büchse der Pandora zurückverfrachtet werden? Indem der Zauberlehrling Imperialismus UND die Hydra Fundamentalismus bekämpft werden. Indem wir hier die schwache, aber existierende ArbeiterInnenbewegung sowie die multiethnischen Strukturen, die es noch gibt, unterstützen und indem wir verhindern, dass der Westen die nächste militärische Intervention zur „Friedenssicherung“ beginnt.

Impressum:

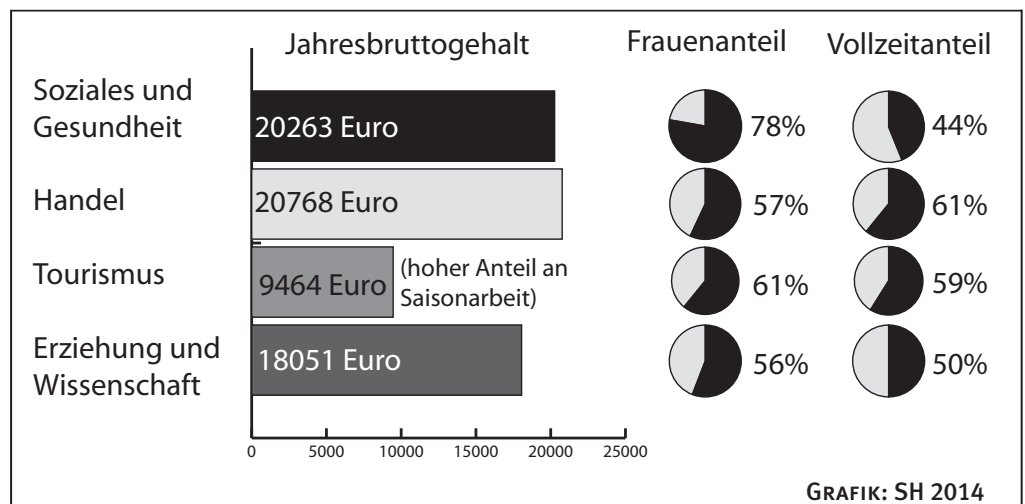
Eigentümer, Herausgeber, Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Niedriglöhne: Frauen sind besonders betroffen

Frauen verdienen 2011 bei gleicher Qualifikation 21,26 % weniger. Viele Frauen arbeiten Teilzeit und in „Frauenbranchen“ wird weniger bezahlt. Die Regierung beklagt die Teilzeitquote, stellt aber zu wenig Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung. Stattdessen setzt sie auf moralische Appelle, um Mädchen für Männerjobs zu interessieren und zahlt dabei in Frauenbereichen selbst wenig. Die Gewerkschaft sieht zu,

anstatt Kämpfe zu führen oder wirklich entschlossenen Frauen zu organisieren. Im Handel gibt es in manchen Bereichen nicht einmal Betriebsräte. Wenn gekämpft wird, gehören Frauen zu den Entschlossensten – weil sie am meisten zu gewinnen haben. Gerade in Frauenbranchen sind Arbeitskämpfe nicht nur nötig, sondern auch möglich. So könnten Mindestlöhne und eine echte Abschaffung von Niedriglohnjobs erreicht werden.

In "Frauenbranchen" ist die Teilzeitarbeit besonders hoch – und die Löhne niedrig



Immer weniger Geld im Börsel

Die Reichen werden immer reicher, doch das Geld im Börsel von ArbeitnehmerInnen weniger. Das ist Ausdruck der kapitalisti-

Neue Jobs sind meist prekär oder Teilzeit und finden sich v.a. im schlecht bezahlten Handel bzw. Dienstleistungs-

In Jahren als gekämpft wurde, gab es bessere Abschlüsse – z.B. bei den Metallern. Der ÖGB darf sich nicht mit Abschlüssen um die Inflation zufriedengeben. Außerdem brauchen wir einen Mindestlohn von 1700,- brutto. Das Geld ist da: 2007–2010 stiegen die Managementgehälter um 19,6 % – jene der Beschäftigten nur um 10,4 %. In den USA machen Fastfood-ArbeiterInnen vor, wie man einen ordentlichen Mindestlohn erkämpft – durch Bewegungen, Streiks und den Aufbau politischer Alternativen! Wenn der Kapitalismus sich unsere Forderungen nicht leisten kann – dann können wir uns den Kapitalismus nicht leisten!

Laura Rafetseder

1700,-€ Mindestlohn & ordentliche KV-Lohnerhöhungen jetzt!

schen Normalität: Der Anteil von Working Poor und Arbeitslosigkeit steigen, Löhne stagnieren. 8 % der Erwerbstätigen sind trotz Job armutsgefährdet. Unternehmen versuchen, das Lohnniveau zu drücken, um Profite zu erhalten. Seit der Krise 2008 gibt es nur magere Lohnabschlüsse. Besonders im Niedriglohnsektor (unterste 10 %) sind die jährlichen Lohnzuwächse seit 2008 kontinuierlich gesunken.

sektor (Zielpunkt z.B. zahlt rund 5,50 Euro netto/Stunde). In der Industrie gehen Jobs verloren. Das trifft nicht nur jene mit niedriger Ausbildung, sondern auch AkademikerInnen, die häufig in Praktika landen.

Ein wichtiger Faktor ist die Untätigkeit des ÖGB. Die Höhe der Löhne ist im Kapitalismus durch das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Unternehmen bestimmt.



Gesetzlicher Mindestlohn und hohe KV-Abschlüsse!

Der ÖGB wehrt sich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn (Bernhard Achitz, leitender Sekretär im ÖGB: „Gesetzlicher Mindestlohn könnte zu sinkenden Löhnen führen“). Es gäbe ja eh Kollektivverträge. Aber für uns ist das keine entweder-oder-Frage. Ein Mindestlohn, der von unten durch eine Bewegung erkämpft wird, wird eine reale Verbesserung für viele ArbeiterInnen darstellen. Doch der ÖGB kämpft ja auch auf der KV-Ebene nur sehr zag-

haft. Aufgrund seiner Passivität sind die KV mittlerweile die einzige Existenzberechtigung für den ÖGB. Klar darf ein gesetzlicher Mindestlohn die KV nicht ersetzen. Aber niemand hindert den ÖGB, zusätzlich zu einem gesetzlichen Mindestlohn in den einzelnen KV höhere Mindestlöhne zu erkämpfen. V.a., wenn man den gesetzlichen Mindestlohn mit einer automatischen Inflationsanpassung verbindet.



Betteln: Armut ist strafbar

Die Polizei füttert die Medien mit Legenden, Vermutungen und ungenauen sowie vermischten Fakten. Medien nehmen

sanierungen und Dachgeschoßausbauten auch von der Schaffung überteuerter Massen-Elendsquartiere. Die Bewoh-

Die Debatte flammt – losgelöst von Fakten – regelmäßig auf. Vor den Salzburger Festspielen wurde versucht, die Stadt von Armut zu „säubern“ und als Rechtfertigung für Repression gegen Armutsbetroffene dienten konstruierte Bilder von „organisiertem“ oder „aggressivem“ Betteln, die in Gesetze übernommen werden und polizeilicher Willkür freien Raum lassen. Der unbestimmte Begriff des „organisierten“ Bettelns kriminalisiert Menschen, die Fahrgemeinschaften bilden, sich Elendsquartiere teilen oder einfach gemeinsam unterwegs sind. Es wird davon abgelenkt, dass Armut in den Herkunftsländern ein Re-

sultat von Sozialabbau und Privatisierungen ist, wovon auch österreichische Banken und Konzerne wie z.B. die EVN massiv profitieren. Besonders in Südosteuropa entstand so Massenarmut, die Menschen zum Betteln zwingt. Eine Lösung gibt es nur, wenn leistbare Wohnungen, mehrsprachliche Beratungseinrichtungen, Sozialleistungen und ein Mindestlohn, von dem man leben kann, für alle zur Verfügung stehen, unabhängig von Herkunft, Nationalität oder Aufenthaltsstatus. Und wenn Gewerkschaften endlich international den Kampf gegen Sozialabbau und Privatisierungen aufnehmen.

Helga Schröder

Spirale aus Mythen und Hass entlädt sich auf BettlerInnen

das auf, verfälschen und vermischen weiter und provozieren rassistische Reaktionen. Die Wiener Polizei versieht Verwaltungsstrafakten mit roten Stempeln mit dem Schriftzug „BETTLER“, macht „Bettlerstreifen“ und führt „Bettlerkarten“. Die Wiener Linien machen „Bettlerrazzien“.

Immobilienpekulanten profitieren neben Luxus-

nerInnen werden dann gleich zur „Bettelmafia“ und ihre Elendsquartiere zu deren „Hochburgen“. Das führt dazu, dass die rechte Hetze gegen „Zigeuner“ in der Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Übergriffe und Bedrohungen sind die Folge. Dass es eine wachsende Zahl von völlig verarmten ÖsterreicherInnen gibt, wird ignoriert.

Die unauffindbare „Bettel-Mafia“

Mehrere wissenschaftliche Arbeiten und intensive seriöse Recherchen haben sich in den letzten Jahren auf die Suche nach der „Bettelmafia“ begeben und sie dennoch nicht gefunden. Auch die Polizei kann nichts dergleichen ermitteln. Zwischen Dezember 2009 und Februar 2011 gab es nur zwei Ermittlungen über „Bettelbanden“ mit Verdacht (!) auf Menschenhandel. 2011 und 2012 waren es 20 bzw. 22.

Forschungen kommen dabei überwiegend zum Ergebnis, dass Betteln eine individuelle Entscheidung ist. Erzwungen wird sie weniger von einer „Mafia“ als von Not, Elend, Hunger und Diskriminierung in den Herkunftsländern (hauptsächlich Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien). Bei einer Arbeitslosigkeit in Kosovo von 45 %, bei Roma von fast 100 %, ist Betteln oft der einzige Ausweg.

Aber auch in Österreich waren 2012 über 1,2 Millionen Menschen einkommensarm (unter 1.090 € Einkommen) und über 400.000 manifest arm (können sich wesentliche Dinge, wie z.B. Kleidung oder die Reparatur der Waschmaschine nicht leisten). PensionistInnen, AlleinerzieherInnen – besonders oft Frauen – bleibt bei Kürzungen im Sozialbereich oft kein Ausweg mehr, als verschämt um „ein paar Euro“ zu bitten.

In der Stadt Salzburg leben rund 150.000 Menschen. 2013 gab es rund 1.350 Notreisende. Damit gibt es mehr MillionärInnen in Salzburg Stadt (1,01 %) als BettlerInnen (0,9 %). BettlerInnen erhalten durchschnittlich 10 € täglich. In allen Bundesländern bestehen Bettelverbote mit verschiedenen undefinierten „Spezifikationen“ („aggressiv“, „aufdringlich“, „organisiert“, „gewerbsmäßig“, mit Kindern).

Der rechte Rand

Die FPÖ Wien Brigittenau (20. Bezirk) ist eine der aktivsten Bezirksorganisationen und verbreitet aktiv rassistische, arbeiterInnenfeindliche Hetze. Sie ist (neben der ÖVP) einer der Hauptsponsoren der rassistischen „Bürgerinitiative“ Dammstraße, die längst zu einer Vorfeldorganisation der FPÖ geworden ist, auf deren Demos sich Neonazis tummeln. Rund um die Aktivitäten der BI kam es im 20. auch vermehrt zu Naziaktivitäten und -schmierereien („Heil Hitler“, „Tschuschen raus“ usw.). Doch der Vorsitzende der FPÖ-Brigittenau, Gemeinderat und Polizist(!) Gerhard Haslinger, meinte, dass hier „politische Motive weitgehend auszuschließen sind“.

Haslinger hat sich schon eine Anzeige wegen Verhetzung eingehandelt, als er nach einer Vergewaltigung der gesamten türkischen Community vorwarf, den Täter zu decken. „Zusammengehalten wird nicht nur beim Sozialmissbrauch, sondern auch, wenn es um schwere Verbrechen geht“. In der Bezirkszeitung der FPÖ wird gegen Arbeitslose gehetzt und „zuviel Toleranz gegenüber Arbeitsverweigerern“ beklagt.

Die SLP, die seit Jahren gegen jede rassistische Hetze im 20. Bezirk gekämpft hat und dabei mehrmals das Ziel von Neonaziattacken geworden ist, wurde von FPÖ Bezirksrat Iraklis Gabrielidis als „Schweine-Lumpen-Pack“ beschimpft. Im Brigittenauer Stadtpolizeikommando arbeitet auch Hannes Stiehl, ein strammer FPÖ-Funktionär, der gerne Fotos von AntifaschistInnen schießt und sie im Internet outet. Genug Gründe, um am 20.9. gegen das „Blaue Fest“ der FPÖ Brigittenau zu demonstrieren!

Am 10. Juli (J10) fand in Britannien der größte Streik seit 2011 statt. 1-2 Mio. Angestellte des öffentlichen Sektors protestierten gegen Privatisierungen und Kürzungen und stellten offensive Lohnforderungen auf, denn: Angriff ist die beste Verteidigung!

In den letzten vier Jahren verloren sie im Durchschnitt 4.500 Euro pro Jahr. So soll es laut Regierung bis mindestens 2018 weitergehen. Und das in Zeiten der „Erholung“!

Angesichts der landesweiten Wahlen, die in zehn Monaten stattfinden, spielt J10 eine wichtige Rolle. Es war eine Warnung für jede potentielle Regierungspartei: ArbeiterInnen sind bereit, sich gegen

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

Kürzungen zu erheben! J10 war ein aktiver Demonstrationstreik – die Streikenden hockten nicht einfach zuhause oder im Betrieb herum, sondern zeigten ihre Stärke auf der Straße. Das machte es einfacher, Solidarität von anderen Berufsgruppen zu organisieren. Davon sollte sich der ÖGB eine große Scheibe abschneiden!

J10 kann ein gutes Fundament für eine Bewegung sein, die dieser Wut einen Sinn gibt. Diese Bewegung muss von ArbeiterInnen und Gewerkschaften getragen werden. Durch weitere koordinierte Massenaktionen, bis hin zum 24-Stunden-Generalstreik, können z.B. Mindestlohn von mind. 10 £ pro Stunde, sichere Arbeitsverträge und mehr Gewerkschaftsrechte erkämpft werden.

Dazu bedarf es eines erhöhten Maßes an Organisation – sowohl im Betrieb als auch in der Politik. Eine Massenpartei, die die Interessen der 99 % repräsentiert, ist nötig!

Nikita Tarasov

Wer dreht an der Uhr?

Gewerkschaften verzeichnen in den letzten Jahrzehnten nicht unbedingt Fortschritte, wenn es um die Gestaltung der Arbeitszeit geht: Seit im Jahr 1975 die 40-Stunden-Woche eingeführt wurde, gab es keine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. Mit der Novelle des Arbeitszeitgesetzes 2007 wurde einer sehr weitgehenden Flexibilisierung der Arbeitszeit zugestimmt. Auf program-

sondern signalisierten ihre Bereitschaft zu weitgehenden Kompromissen. Dabei sollte eigentlich auch klar sein, dass eine sechste Urlaubswoche niemals ein Ausgleich sein kann für regelmäßige überlange Arbeitszeiten.

In der Regulierung der Arbeitszeit – eine der ureigenen Aufgaben von Gewerkschaften – liegt ein wichtiger Schlüssel zur

Neues Buch zu gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik zeigt Stillstand in Gewerkschaftspolitik auf.

matischer Ebene wurde 2009 die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche im ÖGB durch eine allgemeine Formulierung ersetzt. Auch in der Debatte um die Wiedereinführung des 12-Stunden-Tages haben sich Gewerkschaften nicht als Vorkämpfer einer emanzipatorischen Arbeitszeitpolitik ausgezeichnet,

Verteilung von Macht und Ressourcen und zur Fixierung von Geschlechterverhältnissen. In Österreich gehen die Arbeitszeiten von Frauen und Männern mit Betreuungspflichten und auch die Löhne/Gehälter stark auseinander. Während Frauen in hohem Ausmaß Teilzeitarbeitern und zusätzlich



Zum Weiterlesen:

Claudia Sorger: Wer dreht an der Uhr?

Geschlechtergerechtigkeit und gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik.

Verlag Westfälisches Dampfboot, ISBN: 978-3-89691-966-3

die – unbezahlte – familiäre Versorgungsarbeit übernehmen, arbeitet ein Großteil der Männer Vollzeit mit hohen Wochenarbeitszeiten. Um diese Ungleichverteilung und Überlastung zu beenden, bräuchte es offensive gewerkschaftliche Kampagnen, die eine radikale Arbeitszeitverkürzung zum Ziel haben.

Denn eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich wäre hoch an der Zeit und ein wichtiger Schritt zu einer gerechteren Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit – und zum Wiederaufleben gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik.

Claudia Sorger

Ob per Gesetz oder Kollektivvertrag: **Nein zum 12-Stunden-Tag**



Wie Regen auf Sonne folgen nach dem Sommer die Kollektivvertragsverhandlungen. Auch wenn die Gewerkschaften das Gegenteil behaupten, bedeuten sie für die ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren vor allem eines: Verschlechterungen.

Heuer ist besonders bei den Arbeitszeiten Vorsicht geboten. Im Frühling wurde versucht, auf gesetzlicher Ebene die tägliche Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden auszudehnen. An-

geblich nur in Ausnahmefällen. Doch im Arbeitsleben werden Ausnahmen schnell zur Regel.

Ein Bündnis, bestehend aus SLP und Anderen, mobilisierte dagegen. Das Thema war vorerst vom Tisch. Doch bei den KV-Verhandlungen ist der 12-Stunden-Tag plötzlich wieder da.

Z.B. wollen die Unternehmen der Baubranche ein Jahresdurchrechnungskonto für die Arbeitszeit schaffen. Dieses soll einen 12-Stunden-Arbeitstag er-

möglichen. Dadurch anfallende Überstunden sollen im Winter als Zeitausgleich abgegolten werden können.

Schon jetzt werden in Österreich 68 Millionen unbezahlte Überstunden geleistet – jede einzelne davon ist eine zu viel! Das Aktionsbündnis gegen den 12-Stunden-Tag wird im Herbst aktiv eingreifen, damit die Gewerkschaft nicht wieder (wie in der Vergangenheit) dem 12-Stunden-Tag über den KV zustimmt.

Christian Bunke

Kein Platz für AbtreibungsgegnerInnen!

Am 16. August war es wieder einmal nötig, gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen auf die Straßen von Linz zu gehen. Das Bündnis "Linz gegen Rechts" organisierte, auf die Initiative der SLP hin, eine Gegenkundgebung zur Aktion der christlichen FundamentalistInnen von "Jugend für das Leben", die Jugendorganisation von „Human Life International (HLI)“. Diese befanden sich auf ihrem „Marsch für das Leben“, auf dem sie ihre frauenfeindlichen Botschaften durch das ganze Land tragen wollen. Knapp 100 DemonstrantInnen auf unserer Seite standen lächerlichen 20 Fundis entgegen. Auch SLP-AktivistInnen aus Salzburg und Linz-Umgebung unterstützten die Kundgebung gegen die rechten Hetzer. In der Hoffnung, uns klein zu machen, untersagte uns die Polizei, Reden über Megafone zu halten. Die Polizei versuchte auch mit weiteren Schikanen gegen uns die religiösen Fanatiker zu schützen, z.B. absurden Flyer-Verboten.

„Wir sind hier und wir sind laut! Weil ihr Frauen die Rechte klagt!“ und weitere Demosprüche schmetteten wir den Rechten entgegen. Uns ging es aber vor allem darum, PassantInnen von „HLI“ fernzuhalten, um deren Hetze

ins Leere laufen zu lassen. Dafür verteilten wir viele Info-Flyer und führten zig Diskussionen mit Interessierten. „HLI“ fordert unter anderem das komplette Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen und zählen zu ihren „Erfolgen“ die Schließungen von Abtreibungskliniken und die Einschüchterungen von Frauen, welche einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollten. Wo Abtreibungen verboten werden, werden sie eben von nicht ausgebildeten Pfuschern ausgeführt. Dass so alle sieben Minuten eine Frau an einem unprofessionell durchgeführten Schwangerschaftsabbruch stirbt, ignorieren die angeblichen „LebensschützerInnen“. Im Grunde ist es eine irrsinnige Frechheit, dass sich Menschen das Recht herausnehmen wollen, Frauen zu verbieten, was diese mit ihrem eigenen Körper machen wollen. Ich will keine lebende Gebärmachmaschine werden!

Darum fordern wir: kostenlose Abtreibung auf Krankenschein in allen Spitälern! Kostenlose Abgabe sowie leichten Zugang zu Verhütungsmitteln, unabhängig vom Einkommen der Eltern! Umfassende Aufklärung in Schulen und Kindergärten! Kirchen und Religionsgemeinschaften raus aus den Schulen!

Sarah Krenn



Foto: wikimedia / Renate Bienert

Salzburger Festspielprotest

Sowohl bei der Eröffnung der Festspiele am 20.7. als auch zu Beginn der Aufführungen am 27.7. wurden die Reichen und

gewerbe und die ekelhafte Hetze gegen BettlerInnen wurden dem Glanz der Festspiele gegenübergestellt. Denn diese zei-

Die SLP war auch heuer treibende Kraft hinter den Protesten. Wir betonten stets, dass es notwendig ist, für soziale

Salzburg für alle statt Festspiele für Eliten. Die Reichen und Schönen können nicht ungestört feiern!

Schönen mit ArbeiterInnen, Jugendlichen, PensionistInnen – die so gar nicht Teil ihrer Welt sind – konfrontiert. Die Aufmerksamkeit sollte auf die massive soziale Ungerechtigkeit gelenkt werden. Probleme wie gravierende Wohnungslosigkeit, Immobilienspekulation und überteuerte Mieten wurden sichtbar gemacht. Auch die schlechte Bezahlung im Hotel- und Gast-

gen jedes Jahr: Während PolitikerInnen wie Schaden, Preuner & Co. gegen sozial Schwache vorgehen, werden die sozialen Eliten hofiert. Dies stößt auf Ärger und Unverständnis. So war der Tenor der Kundgebungen: „Warum werden über 13 Millionen für ein Event des einen Prozents ausgegeben, während rund 1.000 Menschen wohnungslos sind?“

Rechte zu kämpfen und aktiv zu werden, um den Protest auf eine breite Basis zu stellen. Veranstaltungen wie die Festspiele machen die sozialen Ungleichheiten des Kapitalismus immer wieder überdeutlich sichtbar. Um diese zu überwinden, braucht es allerdings mehr, und dafür kämpft die SLP auch das restliche Jahr über.

Lukas Kastner



Solidarität mit Ferguson

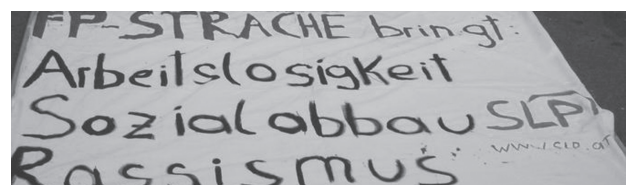
Die SLP hielt in Wien am 20.8. eine Kundgebung in Solidarität mit der Rebellion in Ferguson/USA ab. Seit der Ermordung des jungen Michael Brown gehen Menschen gegen die rassistische Polizeigewalt und die katastrophale soziale Lage auf die Straße. Die örtliche Polizei riegelte die Stadt ab. Schon von Beginn an wird massive Gewalt eingesetzt, um den Aufbegehrenden zu zeigen: Stay in line („Nicht aufmucken“).

Unsere Kundgebung machte auf diese strukturelle Polizeigewalt zur Niederhaltung von sozialen Protesten aufmerksam.

Die Brücke zur Polizeigewalt in Österreich wurde nicht nur von uns, sondern auch vielen PassantInnen geschlagen. Eine Frau wies uns darauf hin, dass die in Ferguson verwendeten Drohnen von der österreichischen Firma Schiedel erzeugt werden, und die US-Polizei-Pistolen von Glock.

Max Uhlir

Termin des Monats



FPÖ-Fest platzen lassen!

Die FPÖ in Wien 20 gilt zu Recht als besonders widerlich. Ihr Bündnis mit der „BI“ Dammstraße und auch offenen Neonazis wirft ein Licht darauf. Bei ihrem Sommerfest kommt ihre Hetze zusammen mit Würstel, Bier und Hüpfburg. Die RassistInnen wollen sich harmlos geben. Das werden wir nicht zulassen: Komm zu den Protesten und hilf mit bei der Mobilisierung gegen das „Blaue Fest“. **Samstag, 20.09.**, Wallensteinplatz; Wien 20 (Genaue Zeit unter www.slp.at)

Jedes Jahr die gleiche Plackerei: Kann man das Geld für einen richtigen Urlaub aufbringen oder wird es nur ein Kurztrip? Während die („volksnahen“ Politik-) Eliten sich in teuren Hotels vergnügen, muss unsereins um das Ersparte für den Urlaub kämpfen.

Ein gutes Beispiel für Oberklassen-Urlaub ist der „Kämpfer für den kleinen Mann“ H.C. Strache, welcher sich in einer bescheidenen Ibiza-Unterkunft (derzeit laut Recherche 1.079 € pro Nacht) entspannte.

Auf der anderen Seite: Schon 2013 gaben bei einer repräsentativen Umfrage der Europ Assistance Groupe 43 % der ÖsterreicherInnen an, nicht in Urlaub zu

Rote Seitenblicke

fahren. 2014 ist das Urlaubsbudget nur um magere 37 € angewachsen. Auch europaweit ist die Tendenz, zu Hause zu bleiben, steigend. Nur knapp 54 % der EuropäerInnen werden in diesem Jahr verreisen. Wohl nicht nur deshalb, weil's zuhause am schönsten ist.

Doch damit nicht genug: Auch die Zeit für einen Urlaub muss erst einmal gefunden werden. Nicht für alle Arbeitenden ist eine durchgehende ein- oder zweiwöchige Abwesenheit vom Arbeitsplatz möglich. So geht die Forderung nach 6 Wochen Urlaub der Gewerkschaft GPA-djp in die richtige Richtung, nur tut sie zu wenig, um das Recht darauf auch zu erkämpfen.

Es hat ja auch das Parlament alleine im Sommer neun Wochen Ferien, warum sollten Berufstätige nicht an diesen Freizeitanspruch anknüpfen? Wir brauchen eine echte Kampagne aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus, um Urlaub für alle finanzierbar und möglich zu machen!

Clemens Wiesinger



Vom Fußballplatz aufs Arbeitsamt

Irgendwie hält sich in Österreich der Eindruck, bei der Krise noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. Konstant stei-

burgern klingt es noch in der Kassa, doch nicht wegen der Fans, sondern dank der Millionen von Red Bull.

Am Ende der Saison

Maßnahme: 55.000 €. Das macht pro Kicker 2.500 €.

Arbeitslosen, die in sinnlosen AMS-Kursen schikanieren werden, wird dies wohl übel aufstoßen. Der

Grundsätzlich sollten alle Arbeitslose die Kurse bekommen, die sie brauchen und wollen. Doch auch die besten AMS Kurse können nichts gegen die durch die Wirtschaftskrise verursachte Arbeitslosigkeit ausrichten. In Wirklichkeit kommt es nur zu Verschiebungen innerhalb der Beschäftigten und zu immer besser qualifizierten Arbeitslosen. Wirklich zu lösen ist das Problem Arbeitslosigkeit nur durch eine echte Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden pro Woche bei vollem Lohn. Damit wird zwar nicht das Problem von 22 arbeitslosen Profifußballern, aber von 700.000 von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen gelöst.

Albert Kropf

Das AMS hat ein Trainingszentrum für 22 Profifußballer eingerichtet.

gende Arbeitslosenzahlen sprechen eine andere Sprache. Heute sind auch neue Bereiche von Arbeitslosigkeit betroffen. Keine Angst, die Rede ist nicht von PolitikerInnen der etablierten Parteien, sondern Fußballern. Die Liga schwächelt, einstige Größen wie Rapid, Sturm und meinetwegen auch die Austria spielen mit Nachwuchsmannschaften. Nur bei den Salz-

waren heuer 22 Spieler akut von Arbeitslosigkeit betroffen. Das AMS, durch seine „Kurspolitik“ permanent in Negativ-Schlagzeilen, nutzte die Chance. Medienwirksam wurde ein Trainingszentrum geschaffen, um die arbeitslosen Kicker fit zu halten – körperlich und für den Arbeitsmarkt. Einige konnten „vermittelt“ werden. Kostenpunkt der

Druck auf sie, auch branchenfremde oder schlechter bezahlte Jobs anzunehmen, steigt. Im Forum des FPÖ-nahen „unzensuriert.at“ wird dann gefordert, die betroffenen Kicker „Klo putzen“ zu lassen oder als „Hilfsarbeiter auf den Bau“ zu schicken. Das entspricht der Politik der FPÖ, Arbeitslose und nicht Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Nützen tut es nichts.

GB84: „Wir hätten siegen können“

Am 12.3.1984 traten britische Bergarbeiter in einen letztlich einjährigen Streik, um die von der Thatcher-Regierung geplante Stilllegung von Kohlebergwerken zu verhindern. Davon handelt der Roman „GB84“ von David Peace, der – jetzt endlich auch auf Deutsch erschienen – sich auch als genaue Chronik der Ereignisse lesen lässt.

Peace weiß, wovon er schreibt. 1967 in Yorkshire geboren, war er 1984 Mit-

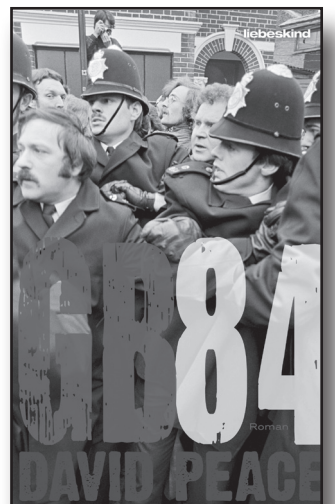
glied einer Punk-Band, die die Bergleute mit Auftritten und bei Demos unterstützte.

In eigenen, auf Interviews basierenden Textblöcken lässt er einfache Bergarbeiter – Peter und Martin – das ganze Jahr und die allmähliche Zermürbung der Streikbewegung tagebuchartig festhalten und so die Geschichte des Bergarbeiterstreiks von unten erzählen. Und Peace erzählt auf einer zweiten Ebene davon, wie der von breiter Solidarität getragene Streik

letztlich von der Labour Party im Stich gelassen und von der Gewerkschaftsspitze verraten wurde.

All das führte zu Thatchers eigentlichem, neo-liberalen Triumph, der bis heute nachwirkt. „Verdammt“, sagt Peter, „ich hätte zu gern gesehen, was passiert wäre, hätten wir nur standgehalten – wir hätten siegen können. Wir hätten [Thatcher] und all ihre verdammten Stiefelccker bezwingen können.“

Alexander Svojtko



David Peace, GB84, Roman
544 Seiten / 25,50 €
Liebeskind, München
ISBN 9783954380244

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



2. Weltkrieg: Euer Krieg, unsere Opfer

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg, der unendlich viel Leid über unzählige Menschen brachte. Anlässlich des 75. Jahrestags des Kriegsbeginns wird es ein breites Gedenken geben. Glauben wir der Mehrheit der TV-Dokus, Zeitungs-Artikel und Kinofilme, aber auch der vorherrschenden Darstellung in Schulen und Unis, war vor allem einer schuld:

am Ende die Moral über die Schurken siegt.

Viel Aufwand wird in die Verbreitung eines solchen Geschichtsbilds gesteckt. Mit der Begrenzung „des Bösen“ auf eine kleine Schicht, der Millionen MitläuferInnen zur Verfügung und einige WiderständlerInnen entgegenstanden, können der deutsche und österreichische Staat gut leben. Besonders die Eliten

kommen wir auch einem echten Kriegsmotiv näher: Die deutschen Eliten, bzw. die deutsche Bourgeoisie, hatten Angst vor dem „Kommunismus“. Die Abschaffung des Kapitalismus 1917 in Russland und die folgenden Revolutionen in Europa, die nur knapp und mit heftiger Gewalt niedergeworfen werden konnten, waren Traumata für die KapitalistInnen. Für

den Weg der Faschisten an die Macht. Hitler war z.B. der erste deutsche Politiker, der (dank großer Spenden) per Flugzeug in ganz Deutschland Wahlkampf machen konnte. Die SA erhielt schon früh Ausrüstung und Geld im großen Stil von Industriellen und Banken, die dafür einen Schutz gegen rebellische ArbeiterInnen erhielten.

Der 2. Weltkrieg war aber auch eine Antwort auf die verheerende Wirtschaftskrise der 1920er und 1930er Jahre. Es war auch, und für einige teilnehmende Staaten vor allem, ein Krieg um Rohstoffe und Absatzmärkte. Und tatsächlich wurden Viele in diesem Krieg enorm viel reicher. Das finanzielle Erbe aus Völkermord und Krieg verwalten bis heute die Nachfahren von z.B. Steyr oder Krupp, die auch dank ZwangsarbeiterInnen in ihren teils firmeneigenen Konzentrationslagern gigantische

Profite aus der Kriegsproduktion scheffelten.

All das spielte in der öffentlichen Aufarbeitung des 2. Weltkriegs schon einmal eine größere Rolle. Die 68er beschäftigten sich stärker und kritischer mit der Geschichte ihrer Eltern-Generation und brachten vieles zutage, das heute in Medien und Geschichtsunterricht gerne wieder vergessen wird. Aber das neue alte Geschichtsbild passt wohl besser zu der Art, wie die heutigen Konflikte dargestellt werden:

Glauben wir den großen Medien, geht es in der Ukraine auch wieder um „Gut gegen Böse“. Tatsächlich sind die Herrschenden bis heute dazu bereit, ihre Konkurrenz untereinander mit Krieg zu „lösen“. Auch in der Ukraine oder dem sich anbahnenden Konflikt im Südpazifik geht es letztlich darum, welche KapitalistInnen in der Region Profite machen dürfen.

Tilman M. Ruster

In den Medien ist viel zu Hitler zu finden. Krupp, IG-Farben, Steyr & Co kommen praktisch nicht vor.

Hitler. Gemeinsam mit einer Bande gewissenloser, boshafter Handlanger habe er die Deutschen und ÖsterreicherInnen getäuscht, verführt und in Völkermord und totalen Krieg getrieben.

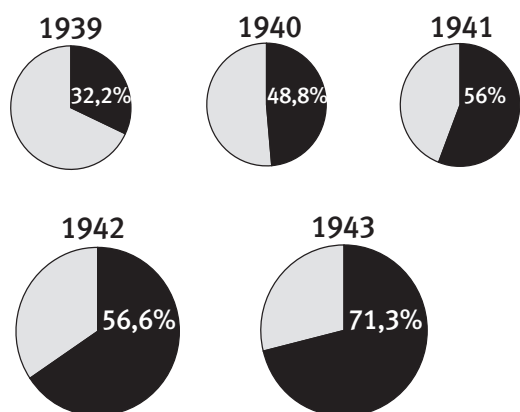
Der 2. Weltkrieg wird in diesem Geschichtsbild zu einem Kampf zwischen „Gut und Böse“, in dem

versuchen sich bis heute „rein“zuwaschen. Der Mythos der Attentäter des 20. Juli 1944 stellte angeblich „die Ehre des deutschen Soldaten“ wieder her. Selten wird dabei erwähnt, dass Stauffenberg und seine Mitstreiter eine Militärdiktatur und die Fortführung des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion planten. Hier

sie galt es also gleich zwei Feinde zu besiegen: die Sowjetunion und die ArbeiterInnenbewegung im eigenen Land.

So kam es auch in Ungarn, Italien, Österreich, Spanien bzw. Japan, China und einer Reihe anderer Länder zu Diktaturen und Faschismus. Die KapitalistInnen unterstützten

Kriegsausgaben am deutschen Bruttosozialprodukt



GRAFIK: SH 2014

Zahlen und Fakten:

- **Rüstungsausgaben** aller kriegführenden Staaten insgesamt rund 2,3 Billionen Dollar (Nach heutiger Kaufkraft etwa 35 Billionen Dollar).
- **In Osteuropa** wurden von den NS-Truppen etwa 22 Millionen ZivilistInnen ermordet, insgesamt forderte der von Nazideutschland und dem deutschen Großkapital entfesselte 2. Weltkrieg etwa 65 Millionen Todesopfer.

Profite durch Zwangsarbeit und Konzentrationslager:

- **1933** Verbot aller Gewerkschaften in Deutschland, 1934 in Österreich
- **Aus den von Nazi-deutschland eroberten Gebieten** wurden insgesamt zwischen sieben und elf Millionen Menschen als ZwangsarbeiterInnen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft rekrutiert.
- **Anteil von Zwangs-arbeiterInnen** in verschiedenen Wirtschaftsbranchen in Deutschland 1944: Land- und Forstwirtschaft 46 %; Bergbau 34 %; Industrie 25 %
- **In über 1000 KZ-Außen-lagern** mussten Häftlinge Zwangsarbeit für die deutsche Industrie verrichten.
- **Alleine das KZ Mauthausen** hatte rund 20 größere Nebenlager, in denen rund 60.000 ZwangsarbeiterInnen starben. Im Nebenlager

Gusen II betrug die durchschnittliche Lebenserwartung vier Monate.

- **Preis, den die Bayer AG** pro ZwangsarbeiterIn an die SS zahlte: 170 Reichsmark
- **Alfred Krupp**, deutscher Großindustrieller und SS-Mitglied, beschäftigte in seinen Betrieben etwa 100.000 Sklaven-arbeiterInnen. Aus dem Verkauf der von diesen produzierten Waffen an das NS-Regime erzielte er einen Gewinn von rund 200 Millionen Reichsmark.
- **In Österreich** profitierten von diesem System u.a. die Steyr-Werke, die Hirtenberger Munitionsfabrik sowie die Göring Werke Linz (spätere Voest).

Auch die US-Wirtschaft verdiente am Krieg:

- **US-amerikanisches Bruttosozialprodukt** bei Kriegsausbruch: 869 Milliarden Dollar – bei Kriegsende: 1.474 Milliarden Dollar
- Anteil der US-Wirtschaft am globalen BIP vor Kriegsbeginn: 18% – bei Kriegsende: 35 %
- **Arbeitslosigkeit** in den USA vor Kriegseintritt: 15 % – Arbeitslosigkeit bei Kriegsende: 1 %
- **Anteil von General Motors** (Die sowohl die Nazis als auch die Alliierten belieferten) an der gesamten amerikanischen Rüstungsproduktion: 10 %



Bald jährt sich die Entfesselung des 2. Weltkriegs durch das Naziregime zum 75. mal. Bürgerliche Medien werden dabei nicht müde werden zu betonen, dass es sich beim Krieg und den Verbrechen der Nazis um Wahnsinnsakte Hitlers gehandelt habe, die nichts

gestattet, erfüllten die Nazis die Wünsche ihrer Sponsoren zur vollsten Zufriedenheit: Ermordung oder Inhaftierung aller bekannten Linken, Zerschlagung aller linken Parteien und Medien, hart durchgesetztes Streik- und Demonstrationsverbot für Arbeiter-

Die gigantische Aufrüstung war auf Pump finanziert. Entweder mussten die Nazis bald den Staatsbankrott erklären, die Rüstungsindustrie drastisch reduzieren, somit die Arbeitslosigkeit wieder wachsen lassen und neue Unruhen der ArbeiterInnen befürchten – oder sie mussten ihre neue Riesenarmee einsetzen, um die Reichtümer Europas auszurauben.

Ein Beispiel für die Bereicherung des Staates durch territoriale Expansion ist die Beschlagnahmung des österreichischen Goldschatzes nach dem "Anschluss" von 1938: Die Nazis konfiszierten dabei größere Währungsreserven als Deutschland selbst besaß. Das deutsche Kapital applaudierte der kriegserischen Expansion: Die Ausschaltung der Konkurrenz durch die Bourgeoisien anderer europäischer Länder, Billigrohstoffe und Heerschaaren von ZwangsarbeiterInnen aus den eroberten Ländern versprachen goldene Zeiten für ihre Klasse. Dabei war der deutsche Raubzug auf dem Kontinent in seiner Brutalität und Heftigkeit einzigartig, nicht aber in der Sache selbst – alle europäischen Großmächte der Zeit suchten ihre wirtschaftlichen Probleme durch Ausplünderung fremder Länder zu lindern, wozu besonders Großbritannien und Frankreich riesige Kolonialreiche erobert hatten.

Lenin und Trotzki hatten bereits nach dem 1. Weltkrieg festgestellt, dass der nächste Weltkrieg unvermeidlich sei, solange sich am kapitalistischen, und damit auf Expansion an-

Kapitalismus in seiner brutalsten Form führte Krieg gegen andere imperialistische Staaten.

mit dem kapitalistischen System zu tun hätten, auf dem die Gesellschaft NS-Deutschlands unvermindert basierte. Doch der Krieg folgte ganz den Profitinteressen des deutschen Kapitals, wie überhaupt das 3. Reich nicht den Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft darstellte, von dem viele bürgerliche HistorikerInnen sprechen. Im Gegenteil war es deren härteste, extremste Form.

Die Nazis waren an die Macht gekommen, als die ArbeiterInnen sich angesichts des katastrophalen Scheiterns des Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 politisch radikalisierten und zunehmend der Kommunistischen Partei zuströmten. Worauf das Bürgertum, das seine kapitalistische Ordnung bedroht sah, zur Abwehr der roten Gefahr auf die NS-DAP setzte. Diese wurde vom deutschen Großkapital großzügig finanziert und wuchs schnell von einer obskuren Kleinpartei zur größten politischen Kraft des Landes heran. Einmal mit Regierungsgewalt aus-

gerInnen, Auflösung der Gewerkschaften, polizeiliche Überwachung der Betriebe, um oppositionelle Bewegungen gegen Staat und Kapital gleich im Keim zu ersticken.

Die staatlichen Investitionen in kriegswichtige Infrastruktur und die gewaltige Aufrüstung der damals noch kleinen Reichswehr hatten den für die Nazis stabilisierenden Nebeneffekt, die Arbeitslosigkeit zu senken. Den Raubkrieg in Osteuropa hatte Hitler schon zehn Jahre zuvor in "Mein Kampf" herbeifantasiert, aber möglich wurde seine konkrete Vorbereitung erst durch die Unterstützung des Großkapitals, das sich davon zweierlei versprach: einerseits Riesengewinne durch Rüstungsaufträge und Plünderung der eroberten Gebiete, andererseits Niederhaltung revolutionärer Strömungen durch Vollbeschäftigung. Sechs Jahre nach der Machtergreifung besaß der NS-Staat die schlagkräftigste Armee Europas – und war so gut wie bankrott:



gewiesenen, System der Großmächte nichts ändert. Die Kriegsführung der Nazis entsprach im Wesentlichen den Interessen des deutschen Großkapitals: Die französische, belgische und niederländische Konkurrenz wurde ausgeschaltet. Aus den ausgedehnten eroberten Gebieten flossen ihm Rohstoffe in einem Ausmaß und zu Spottpreisen zu, dass die deutschen Industriellen hoffen konnten, bald unabhängig von Importen zu sein. Beson-

schaftlich organisiert waren – ein KZ-Kommandant musste in der Bilanz seines Lagers ein Plus vorweisen können. Während des industriellen Massenmordes an JüdInnen, Sinti und Roma herrschte ein ständiges Gerangel zwischen den verschiedenen Strömungen im NS-Staat: Während die reinen NS-IdeologInnen alle JüdInnen und „ZigeunerInnen“ sofort ermorden wollten, plädierte der pragmatische Wirtschaftsflügel dafür,

Tradition, sondern im Gegenteil der bewaffnete Versuch, diese zu stabilisieren.

Der Widerstand, den die Nazis seitens der Westmächte fanden, basierte nicht auf moralischem Idealismus, sondern auf der Angst der französischen, britischen und amerikanischen Bourgeoisie, immer mehr Rohstoffe, Einflussgebiete und Marktanteile an die übermächtig werdende deutsche Bourgeoisie zu verlieren. Die glühenden Antikommunisten Churchill und Roosevelt hätten den drohenden Untergang der Sowjetunion sicher gefeiert, waren aber auf das Zweckbündnis mit der Sowjetunion angewiesen um die Interessen der eigenen Bourgeoisien gegenüber der Deutschen abzusichern. Churchill hatte empfohlen, Kolonialaufstände durch Massenvergasung von Rebellen zu brechen und die "Degenerierung der britischen Rasse" durch Zwangssterilisierungen und Einweisung in Lager zu bekämpfen. Er hat nicht aus Empörung über die NS-Verbrechen in den Krieg eingegriffen, sondern weil Deutschland die Weltstellung der britischen Bourgeoisie und ihres Kolonialreiches bedrohte. Was im Krieg zwischen den Nazis und den Westmächten auf dem Spiel stand, war nicht die bürgerlich-kapitalistische Ordnung selbst, sondern die Frage, ob sich deren ungemein brutalisierte NS-Variante oder die subtilere westliche Variante durchsetzen würde.

Fabian Lehr

„Müsste ich zwischen Kommunismus und Faschismus wählen, tue ich nicht so, als ob ich mich für Kommunismus entscheiden würde.“ (W. Churchill)

ders aus Osteuropa wurden ihm Millionen ZwangsarbeiterInnen zugeführt, die man nahezu ohne Lohn und unter grausigen Bedingungen für sich schufte lassen konnte. Für die produzierten kriegswichtigen Güter konnten die Industriellen sich vom Staat praktisch bezahlen lassen, was sie wollten. Die SS ließ von ihren Konzentrationslagern aus durch regionale Unternehmen Nebenlager errichten, in denen JüdInnen, Kriegsgefangene und Andere als SklavInnen arbeiten mussten und umgebracht wurden, wenn sie gegen irgendeine Forderung des Betriebes aufmuckten. Wie überhaupt die Konzentrationslager mit ihren zahlreichen Lagerbetrieben betriebswirt-

die Arbeitsfähigen erst bis zum Letzten in Zwangsarbeit für die deutsche Industrie auszupressen und erst dann zu ermorden, wenn sie körperlich so ruiniert waren, dass sie nicht mehr arbeiten konnten. Die Vision der von den Nazis geförderten GroßkapitalistInnen war die kontinentale, wenn nicht die Weltherrschaft des deutschen Großkapitals. Dieses hätte aus einem unerschöpflichen Reservoir an Rohstoffen und SklavenarbeiterInnen zehren und sich den Luxus erlauben können, die deutschen ArbeiterInnen ruhigzustellen, indem man die unangenehmsten Arbeiten den SklavInnen der SS zuwies. Der Raubkrieg der Nazis ist also nicht ein Bruch mit der bürgerlich-kapitalistischen



Marx aktuell

Die Gefahr des Faschismus ist Thema in Medien und Politik – ob bei der Berichterstattung über die ungarische Jobbik oder dem Gedenken an die Opfer des NS-Regimes. Faschismus bezeichnet eine Herrschaftsform im Kapitalismus, darunter fallen u.a. Nationalsozialismus, Austrofaschismus, italienischer bzw. spanischer Faschismus. Sie alle sind der Ausdruck einer schweren gesellschaftlichen Krise, die auf den Systemwidersprüchen fußt, die dem Kapitalismus innewohnen. Der russische Revolutionär Leo Trotzki hat diese Widersprüche als schwere wirtschaftlich-soziale Krise, gesellschaftliche Polarisierung und fortdauernde Unfähigkeit der ArbeiterInnenbewegung, einen sozialistischen Ausweg zu erkämpfen, zusammengefasst. Seit der Deutschen Revolution von 1918 griffen die herrschenden KapitalistInnen den Lebensstandard der ArbeiterInnen an.

Faschismus: Totengräber der ArbeiterInnenbewegung

Die 1918 erreichten sozialen Errungenschaften wurden zum Hindernis für eine Steigerung der Profitrate. Als Marxist kam Trotzki schon Anfang der 1930er Jahre zu der Feststellung, dass die „historische Mission“ des Faschismus in der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung besteht. Diese Analyse auf Basis eines Klassenstandpunktes unterscheidet sich von allen anderen Erklärungsversuchen.

Der Faschismus war und ist nicht die erste Wahl des Kapitals bei der Durchführung dieser Aufgabe. Vor allem seit den konkreten Erfahrungen mit faschistischen Regimes sind die Risiken auch für das Kapital bekannt: eine schwer zu kontrollierende Eigendynamik und die hohen Kosten, die der Faschismus nach sich zieht. Doch als letzten Ausweg ist das Kapital bereit, auf diese Herrschaftsform zu setzen.

Um seine „historische Mission“ zu erfüllen, stützt sich der Faschismus auf eine Massenbasis, die er im Kleinbürgertum findet. Leo Trotzki schrieb dazu im „Porträt des Nationalsozialismus“ 1933:

„Solange die Nazis als Partei handelten und nicht als Staatsmacht, fanden sie fast keinen Eingang in die Arbeiterklasse. Andererseits betrachtete die Großbourgeoisie – auch jene, die Hitler mit Geld unterstützte – die Nazis nicht als ihre Partei. Das nationale „Erwachen“ stützte sich ganz und gar auf die Mittelklasse, den rückständigsten Teil der Nation, den schweren Ballast der Geschichte.“

Die Krise von 1929 traf die Mittelschicht nicht weniger heftig als die ArbeiterInnen. Sie konnte sich wegen der herrschenden Massenarbeitslosigkeit nicht einmal proletarisieren und verarmte. Sie hoffte, wie Abraham Leon aufzeigt, auf einen „guten“ Kapitalismus ohne dessen schlechte Seiten. Erst weil es der ArbeiterInnenbewegung nicht gelang, diese verarmte Mittelschicht durch konkrete Forderungen auf ihre Seite zu ziehen, konnte sich die pseudo-antikapitalistische nationalsozialistische Ideologie dort ausbreiten. Das Ergebnis dieser Unfähigkeit, einen sozialistischen Ausweg zu erkämpfen, ist bekannt. Nach der Machtübernahme konnte der Faschismus seine Massenbasis aufgrund seiner inneren Widersprüche nicht aufrechterhalten, doch die Mission wurde erfüllt: In Deutschland wurden 1933 sämtliche Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien verboten. Ihre VertreterInnen wurden verfolgt und ermordet. Rassismus und die „Volksgemeinschaft“ diente als Begründung für die Vernichtung der ArbeiterInnenbewegung. Am Ende standen Massenmord und Holocaust.

Stefan Reifberger



Die ArbeiterInnen- bewegung im antifaschistischen Kampf

Katholische & bürgerliche WiderstandskämpferInnen werden oft mit Filmen, Denkmälern und nachträglichen Ehrungen bedacht. Ungern wird erwähnt, dass die ArbeiterInnenbewegung europaweit die Hauptlast des Widerstands und der Opfer trug. Die in den Massenparteien

von sozialdemokratischen ArbeiterInnen und FaschistInnen (Sozialfaschismustheorie) einen Keil in die antifaschistische Bewegung, verweigert gemeinsame Aktionen. So gelangte die NSDAP „ohne Waffengewalt“ an die Macht. Danach änderte die Komintern den Kurs mehrmals

nären Milizen in die Volksarmee ein. So wurde die revolutionäre Welle gebrochen und letztlich kam der Franco-Faschismus an die Macht – trotz der beispiellosen internationalen Mobilisierung von 40.000 SozialistInnen/KommunistInnen für die „Internationalen Brigaden“.

Volksfront-Politik der StalinistInnen das Konzept der ArbeiterInnen-Einheitsfront entgegen: Revolutionäre ArbeiterInnen aller linken Parteien sollten bei Wahrung der jeweiligen Organisation gemeinsam gegen faschistische Bewegungen kämpfen. Gleichzeitig betonten sie die Notwendigkeit eines revolutionären, klar antikapitalistischen Programms. Zwar nicht die Zusammenarbeit, aber inhaltliche Zugeständnisse an bzw. Unterordnung unter das „demokratische“ Bürgertum, lehnen sie strikt ab.

Ihre Kräfte waren aber zu schwach und die Zeit zu knapp, um die antifaschistischen Bewegungen maßgeblich zu beeinflussen. Nach Ausbruch des Weltkrieges hielten sie am Internationalismus fest, arbeiteten im Untergrund unter Kriegsgefangenen, in den Armeen, PartisanInnengruppen usw. Sie kämpften nicht nur gegen Faschismus & Krieg, sondern arbeiteten auf den Sturz des internationalen Kapitals, der Grundlage für Völkergemetzel und Diktaturen, hin. Sie wurden von den Nazis als die gefährlichsten KämpferInnen gegen das Dritte Reich eingestuft und in der Sowjetunion im Kampf gegen die Bürokratie

und für eine demokratische Räteregierung verfolgt, gefoltert & ermordet. Die Opferzahlen der InternationalistInnen sind, gemessen an ihrer Größe, die höchsten im Krieg.

Die Siegermächte machten es sich nach Kriegsende – im Bündnis mit den alten Eliten und KollaborateurInnen des Faschismus – zur Aufgabe, den westeuropäischen Kapitalismus zu retten. Kommunistische & sozialistische WiderstandskämpferInnen wurden oft weiter verfolgt. Der immer wieder aufflammenden ArbeiterInnenbewegung fehlte eine revolutionäre Führung, von Sozialdemokratie & Stalinismus wurde sie in gewohnter Manier verraten. Mit der Rückkehr zum Parlamentarismus hatte sich für bürgerliche AntifaschistInnen die Sache erledigt.

SozialistInnen betonen, dass mit dem krisenanfälligen Kapitalismus auch der Nährboden für faschistische Gruppen bestehen bleibt (was aktuell durch den Aufstieg der „Chrysi Avgi“ in Griechenland und der „Jobbik“ in Ungarn eindrucksvoll bestätigt wird) und der Kampf gegen diese Gruppen mit dem Kampf für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft verbunden werden muss.

Flo Klabacher

Revolutionäre ArbeiterInnen, SozialistInnen und KommunistInnen kämpften europaweit gegen den Faschismus.

der Sozialdemokratie und Kommunistischen Internationale (Komintern) organisierten ArbeiterInnen hatten nach 1918 mehrmals versucht, den Kapitalismus zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Gescheitert sind diese Bewegungen an der verräterischen Politik ihrer Führung. Die Sozialdemokratie versuchte, in bürgerlichen Regierungen den Kapitalismus zu verwalten und warnte vor „revolutionären Abenteuern“, während die Bourgeoisie immer neue Attacken auf die ArbeiterInnenbewegung plante. Die Komintern, ab Mitte der 1920er Jahre unter der sowjetischen Bürokratie um Stalin, trieb mit der Gleichstellung

(entsprechend dem wechselnden Verhältnisses der Sowjetunion zu Deutschland) scharf. Nach dem Bruch des Hitler-Stalin-Paktes und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion setzte die Komintern auf Bündnisse mit „demokratischen Teilen“ der Bourgeoisie und beschränkt sich auf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus. Als die spanischen Massen im Kampf gegen den Franco-Faschismus Landreformen durchführen, Betriebe kollektivieren und Räteregime errichteten, besteht die KP auf den Erhalt des Privateigentums, bekämpft die Revolution aktiv, verfolgt linke AnführerInnen und gliedert die revolutionäre

7.758 Juden & Jüdinnen, die das zweitgrößte Kontingent stellten, sind eines der Beispiele (neben zum Teil erfolgreichen Aufständen in den Ghettos von Warschau & Wilna, den Vernichtungslagern Auschwitz, Treblinka & Sobibór, jüdischen PartisanInnenbewegungen, ...), die den Mythos, das Judentum hätte sich wie „Schafe zur Schlachtbank“ führen lassen, widerlegen: Insgesamt kämpften bis zu 1,5 Millionen Juden & Jüdinnen bewaffnet gegen den Faschismus.

Die Internationale Linke Opposition in der Komintern (und später die Vierte Internationale) um Leo Trotzki hielt der Sozialfaschismustheorie und

Religionsunterricht? NEIN DANKE!

Religion ist Privatsache und sollte so gehandhabt werden. Doch sobald mensch in die Schule kommt, gibt es oft keinen Weg an Religion vorbei. Das beginnt schon in der Volksschule und zieht sich bis zum Abschluss durch. Sich abzumelden ist oft so gut wie unmöglich, da von der Direktion Druck ausgeübt wird. Unter 14 Jahren wird sogar die Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten gefordert. Abgesehen davon werden nicht einmal alle Religionen als Unterrichtsfach angeboten, sondern oft nur katholisch und evangelisch. Das führt dann auch mal dazu, dass sich sämtliche Leute, die sich keiner dieser Religionen zugehörig fühlen, im evangelischen Unterricht platziert werden. An manchen Schulen gibt es noch die „Alternative“ Ethik – doch wird dieses Fach wieder zumeist von kirchenangehörigen Personen unterrichtet.

Aus meiner persönlichen Erfahrung: In der Volksschule haben katholische Kinder Erstkommunion. Dies sollte eigentlich außerhalb der Schulzeit stattfinden, doch waren z.B. in meiner Schule die Proben dafür während der Unterrichtszeit und wir Anderen mussten mitmachen – Es war ja eine Schulveranstaltung. Später ging ich in die

einzige Montessori-Schule in Salzburg, die eine evangelische Privatschule ist. Dadurch wurde ich zum Reli-Unterricht „gezwungen“. Bei jedem Versuch mich abzumelden wurde mir ein schlechtes Gewissen gemacht und gesagt, ich könne ja mit diesem „fixen 1er Fach“ meinen Notendurchschnitt verbessern. Außerdem seien wir von der evangelischen Kirche gesponsert, da könne man sich doch nicht abmelden.

Wir fordern eine Trennung von Schule und Kirche. Es ist nicht fair, jungen Menschen etwas aufzuzwingen, was diese nicht wollen. Ethikunterricht ist keine brauchbare Alternative. Ethische Problemstellungen können nicht auf ein Fach begrenzt werden! Stattdessen sollten wir über Ethik in jedem Fach, passend zum aktuellen Thema (z.B. Atomkraft in Physik) diskutieren können. Die Geschichte und Inhalte verschiedener Religionen sollten wir im Geschichtsunterricht lernen – damit wir die historischen Hintergründe dieser Ideen kennenlernen, anstatt indoktriniert zu werden. Die Unsummen an Geld, die in den Religionsunterricht gesteckt werden, wären in jedem anderen Fach besser aufgehoben!

Sarah Krenn

AUSBEUTUNG
sagt der Hausverstand.

Hausverstand Überstunden?

Wie waren deine Erfahrungen als Billa-Beschäftigter?

Ich habe mir den Job (30 h) gesucht, um zwi-

es nicht genügend Mitarbeiter gab. Ich war da kein Einzelfall. Alle mussten Überstunden machen. In

„REWE ist ein ausbeuterischer Konzern, dem Gewinne wichtiger sind als seine Mitarbeiter.“

schon Wehrdienst und meiner weiteren Ausbildung Geld zu sparen. Bei Beginn der Ausbildung änderte ich das Dienstverhältnis auf 10 h (Samstags), um weiter ein bisschen Geld zu haben, aber hauptsächlich um meine Eltern zu entlasten.

Als ich 30 h angestellt war, standen Überstunden an der Tagesordnung, da

meiner schlimmsten Woche musste ich 17h mehr arbeiten. Wenn man fragt, ob man nicht gleich 40 Stunden angemeldet sein kann (zwecks Pension etc.) bekommt man ein klares Nein.

Ich habe gekündigt, weil die Bezahlung mies ist und ich mit dem Personalkonzept nicht einverstanden bin! Außerdem gab es

in meiner Filiale Probleme mit dem Regionalleiter, der Angestellte wegen Kleinigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gefeuert hat. Daraufhin hat jeder zweite Mitarbeiter dort aus Protest gekündigt.

Hättest du etwas dagegen tun können?

Ich denke, es hätte Möglichkeiten gegeben, sich zu wehren – z.B. mit dem Betriebsrat oder der AK. Aber ich glaube, dass es so immer nur vorübergehend besser wird und auch das nur für die Person, die sich gerade beschwert. Um wirklich etwas zu ändern, müsste es schon eine großangelegte Aktion von mehreren Filialen geben.

Marine Le Pen vertrieben



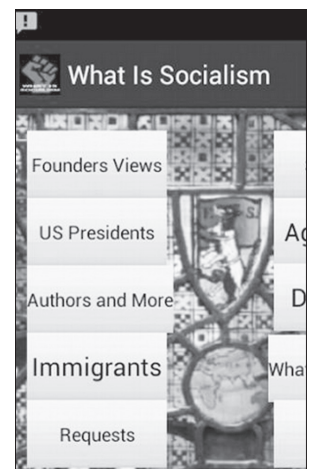
Im Vorfeld der EU-Wahlen besuchte Marine Le Pen, Vorsitzende des rechtsextremen Front National, im Rahmen ihrer Wahlkampf tour mehrere französische Städte, u.a. auch Rouen. Doch der Empfang war nicht so herzlich, wie sie es sich gewünscht hatte. Denn es gab eine große Demonstration gegen die Wahlkampfveranstaltung, bei der Gauche Révolutionnaire (französische Sektion des CWI) eine führende Rolle spielte. Zent-

rale Losung war u.a. „MigrantInnen greift der FN an, doch zu den Angriffen der Unternehmen schweigen sie“. Obwohl die Polizei gegen die Demonstration vorging und es auch Verhaftungen gab, gelang es erfolgreich, Marine Le Pen von der Bühne zu vertreiben. Dies geschah aber nicht zum ersten Mal. Schon im Oktober 2013 gelang es DemonstrantInnen in Ille-et-Vilaine, sie zu verjagen.

Nicolas Prettnner

Fundstück des Monats Anti-Sozialismus-App?!

„Musst du oft Freunden gegenüber den Kapitalismus verteidigen? Brauchst du schnell plumpe Argumente, warum Sozialismus schlecht ist?“ Unter US-Jugendlichen wird Sozialismus immer populärer. Als Antwort soll diese App (bisherige Downloads: ca. 100) Rechten eine Argumentationshilfe sein. Erfolgsaussicht: gering.





Der höchste Mindestlohn der Welt

Seattle ist die erste Großstadt in den USA, die den Mindestlohn von \$15 pro Stunde einführt. Hunderttausende Beschäftigte werden aus der Armut geholt. Motiviert durch „Occupy“, hatte die Bewegung der Fast-Food-Beschäftigten die Forderung nach einem US-wei-

von unten aufzubauen. Kurz nach den Wahlen im November riefen wir die Kampagne „15Now“ ins Leben, um den Druck auf hohem Niveau zu halten. „15Now“ baute in der Stadt elf Aktionsgruppen auf und war in Straßen und Betrieben aktiv. Wesentlich war, dass

ge weiter zu verwässern. „15Now“ und „Socialist Alternative“ kämpften bis zum Schluss in- und außerhalb des Stadtrats, um diese Schlupflöcher für die Konzerne wieder zu schließen. Sämtliche der Anträge von Sawant gegen Ausnahmen und Schlupflöcher wurden niedergestimmt, jene der Demokraten im Interesse der Unternehmen angenommen. So schob die Ratsmehrheit der „Demokraten“ das Inkrafttreten auf April 2015 hinaus und erweiterte um Ausnahmen z.B. für Minderjährige.

Das zeigt: Auch wenn die „Demokraten“ sich fortschrittlicher geben als die „Republikaner“, dienen beide Parteien nur den Interessen der Konzerne. Darum vertritt „Socialist Alternative“ die Position, dass ArbeiterInnen, Arme und Jugendliche ihre eigene politische Alternative brauchen. Die Arbeit von Kshama Sawant und von „Socialist Alternative“ hat gezeigt, dass es möglich ist, eine unabhängige politische Stimme zu werden, mit der die Parteien der Banken und Konzerne herausgefordert werden können.

Zwar gibt es in Seattle nun den höchsten Mindestlohn in den ganzen USA, relativ zu den Lebenserhaltungskosten sogar der ganzen Welt. Dennoch waren die Unternehmen in vielen Fällen in der Lage, die 15 US-Dollar abzuschwächen. Je nach Größe des entsprechenden Betriebs wurden unterschiedliche Termine gesetzt, zu denen der neue Mindestlohn ausbezahlt werden muss. Hinzu kommt, dass für die ersten zehn Jahre eine Ausnahme im Fall von Trinkgeldern und ein Abzug für die Gesundheitsvorsorge eingebaut wurde. Das wäre vermeidbar gewesen. Das vorläufige Ergebnis widerspiegelte das Kräfteverhältnis zu dem Zeitpunkt.

In den letzten sechs Monaten hat sich „Socialist Alternative“ mit aller Kraft in eine Debatte innerhalb der ArbeiterInnenbewegung eingebracht, bei der es um die Frage nach der besten Strategie ging. Die Strategie der wichtigsten Gewerkschaftsführungen zielte nicht darauf ab, die Bewegung von unten aufzubauen sondern orientierte darauf, wie Bürgermeister mit den Unternehmensvertretungen

verhandeln würden. Wir ergriffen die Initiative für eine WählerInnenumfrage für einen „starken Mindestlohn“ („for a strong \$15“). Hätten die großen Gewerkschaften uns unterstützt, hätten die Unternehmen zu weitergehenden Zugeständnissen gezwungen werden können. Die Gewerkschaften haben enorme Ressourcen und politisches Gewicht. Die Bewegung könnte wesentlich mehr erreichen, wenn die Gewerkschaften ihre Verbindungen zu den „Demokraten“ kapten und die ganze Macht der arbeitenden Menschen mobilisieren würden. Das geht nur durch den Aufbau demokratisch organisierter Massenbewegungen. Wir müssen uns daran erinnern, dass im Kapitalismus keine Reform von alleine kommt. Die Konzerne können wieder rückgängig machen, was in Seattle erreicht wurde. Wir müssen darauf vorbereitet sein, im Fall der Fälle mobilisierungsfähig zu sein und zu verteidigen, was wir gewonnen haben. Für uns ist klar: \$15 sind nur der Anfang – Wir haben eine Welt zu gewinnen!

Patrick Ayers,
Socialist Alternative Seattle,
www.socialistalternative.org

*In den USA
erkämpfen
SozialistInnen
einen historischen Sieg.*

ten Mindestlohn von \$15 aufgestellt. Im November 2013 erhielt diese Forderung in Seattle durch die erfolgreiche Umfrage für \$15 in der kleinen Nachbargemeinde SeaTac neuen Auftrieb. Es war jedoch die Wahl von Kshama Sawant, der Kandidatin von „Socialist Alternative“, im vergangenen Herbst, die entscheidend dazu beitrug, eine nicht mehr aufzuhaltende politische Lawine zu schaffen, mit der \$15 in Seattle Realität wurden.

Sawant und „Socialist Alternative“ nutzten den Sitz im Stadtrat als Bühne, um eine Bewegung

„15Now“ den AktivistInnen durch Aktionsgruppen und demokratische Versammlungen die Möglichkeit bot, zu jedem Zeitpunkt mitzubestimmen.

Die Konzerne und das Polit-Establishment mussten feststellen, dass die \$15 nicht mehr abzuwenden waren. Sie nutzten aber den Prozess dazu, eine Reihe von Schlupflöchern einzubauen. So versuchten sie, die Umsetzung in die Ferne zu verschieben. Außerdem tat man bis zum Tag der Abstimmung im Stadtrat alles, um die Gesetzesvorla-

Frieden durch ArbeiterInneneneinheit

Die traurige Bilanz bei Redaktionsschluss: 1.973 tote PalästinenserInnen und 67 Tote auf israelischer Seite. Ein großer Teil des Gazastreifens liegt in Trümmern; die durch jahrelange Blockade ohnehin unerträgliche Lage ist noch schlimmer geworden. Der 3. Gazakrieg in fünf Jahren wirft die Frage nach einer Lösung auf.

Während Bomben in Gaza töteten und Raketen die israelische Zivilbevölkerung in Bunker zwang, gingen tausende Menschen auf die Straße, um gegen Krieg, Besatzung und Blockade zu demonstrieren. Zweifelslos waren die KriegsgegnerInnen in der Minderheit. Die Mehrheit der Israeli unterstützte das Vorgehen der Regierung, da sie so ein Ende des Raketenbeschusses erhoffte. Maavak Sozialisti, die israelische Schwesterorganisation der SLP, zentral an den Demonstrationen beteiligt, lehnt dies grundsätzlich ab und ruft zum gemeinsamen Kampf auf: „PalästinenserInnen haben das gleiche Recht auf Sicherheit wie Israeli. Bomben bringen keine Stabilität, sondern nur Tote. Der gemeinsame Feind ist Netanjahu.“

Zynisch nutzt die rechte israelische Regierung den Krieg, um die Rechte von ArbeiterInnen anzugreifen. Um den Krieg zu finanzie-

ren, sollen im staatlichen Rundfunk 2.000 Stellen abgebaut, beim öffentlichen Verkehr 14 % gekürzt und Wasserversorgung, Post, Stromgesellschaften etc. privatisiert werden. Netanjahu & Co. sind keine BündnispartnerInnen der israelischen ArbeiterInnenklasse – sie treiben die Menschen in den Krieg und betreiben gleichzeitig Sozialkollaps.

Ähnlich – wenn auch unter anderen Voraussetzungen – verhält es sich in der Westbank. Demonstrationen gegen den Krieg wurden von der Autonomiebehörde, teils in Abstimmung mit der israelischen Armee niedergeschlagen. Abbas ist (mit)verantwortlich für Korruption, für Verarmung und Unterdrückung. Die reaktionäre Hamas scheint derzeit als vermeintliche Verteidigerin der PalästinenserInnen gestärkt.

Weder Hamas, Abbas noch Netanjahu bieten den Menschen in Israel/Palästina irgendeine Perspektive außer Krieg, Besatzung, Unterdrückung und Ausbeutung. Die Proteste zeigen jedoch, was möglich und nötig ist: Gemeinsamer Kampf von jüdischen und palästinensischen ArbeiterInnen gegen Krieg und Besatzung, für Solidarität und eine sozialistische Perspektive.

Georg Maier



Der Yue Yuen Sneaker Streik

Im April dieses Jahres streikten 40.000 ArbeiterInnen in sechs Sneaker-Fabriken in China. Ihr Arbeitgeber, die Hongkon-

Die chinesische KP griff zu einer Zuckerbrot- und Peitsche-Strategie: Kleine Zugeständnisse in Verbindung mit starker

Streik verantwortlich gesehen wurden, wurden gefeuert und aus den Gebäuden entfernt. ArbeiterInnen haben die Fabrik

“Die Fabrik hat uns 10 Jahre lang übers Ohr gehauen”

ger Firma Yue Yuen, hatte sie seit mehr als zehn Jahren um die Sozialversicherungsabgaben betrogen. Yue Yuen stellt 20 % der Sportschuhe weltweit her – für Marken wie Adidas, Nike und Timberland. Der zweiwöchige Streik im April war einer der größten Einzelstreiks der jüngeren Weltgeschichte. Streiks sind in China illegal – die ArbeiterInnen waren mit massiver Repression konfrontiert.

Repression. Ihre größte Angst war, dass sich der Streik ausbreiten könnte – darum musste er so schnell wie möglich beendet werden. Gleichzeitig muss sie die Lohnkosten niedrig halten, um eine Abwanderung nach Vietnam oder Bangladesch zu verhindern.

Nach der ersten Streikwoche wurde die Polizei in den Fabriken stationiert. Jene, die als für den

als „unter Polizeikontrolle“ beschrieben. Trotz der Repression haben die ArbeiterInnen erkannt, dass sie die Zugeständnisse nur durch den Streik erkämpfen haben. Damit bekommt der Streik auch Vorbildwirkung für alle chinesischen ArbeiterInnen in ähnlichen Kämpfen und in Kämpfen für das Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisation.

Brettros

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

MetallarbeiterInnen streiken

In den letzten Wochen gab es eine Medienoffensive gegen den Streik südafrikanischer BergarbeiterInnen. Die KapitalistInnen denunzierten ihn als „politisch“ und drohen mit Jobabbau. Sie erkannten die Gefahr, die der Streik birgt: Nämlich, dass ArbeiterInnen tatsächlich beginnen, den industriellen Kampf mit dem politischen zu verbinden. Als Antwort gab die „Workers and Socialist Party“, in der die

südafrikanische Sektion des CWI eine führende Rolle einnimmt, eine Stellungnahme ab. Darin entlarvte sie die Lügen der Bosse und rief den ArbeiterInnen zu: Ja! Euer Streik ist auch politisch! Kämpfen wir gemeinsam im Betrieb, und bauen wir eine neue ArbeiterInnenpartei auf! Das Statement wurde in voller Länge in der Tageszeitung „Business Report“ abgedruckt.

www.socialistsouthafrica.co.za

Angriff auf Friedensmarsch

Die „United Socialist Party“ (CWI in Sri Lanka) kämpft seit langem gegen den Rassismus gegenüber der tamilischen (meist hinduistischen) Bevölkerung. Am 26. Juli wurde ihr „Sozialistischer Friedensmarsch gegen Rassismus“ von einer Gruppe rassistischer, buddhistischer Mönche angegriffen. Einige AktivistInnen mussten darauf im Spital behandelt werden. Schon Anfang Juli wurden Geschäfte von MuslimIn-

nen in demselben Viertel, wo der Angriff stattfand, von buddhistischen Extremisten angegriffen, die eine enge Verbindung zur Regierung haben. In Anbetracht dieses Angriffes ruft die USP dazu auf, eine stärkere gemeinsame antirassistische Bewegung von TamilInnen und SingalesInnen gegen die buddhistischen Extremisten und das diktatorische Regime in Sri Lanka aufzubauen.

www.lankasocialist.com

USA: Vorwahlen

Bei den Vorwahlen zum Repräsentantenhaus im US-Bundesstaat Washington konnte Jess Spear von der „Socialist Alternative“ (CWI in den USA) auf Anhieb 22 % erreichen. Mit der Massenbewegung für den Mindestlohn von 15 \$ und der Wahl von Kshama Sawant als Stadträtin in Seattle im Rücken, tritt Spear nun direkt gegen den Inhaber des Sitzes, den Konzern-Freund Frank Chopp, an.

www.socialistalternative.org

Sigmund Freud: Mehr als nur „deine Mutter“!



Vor 75 Jahren starb Sigmund Freud.

Für SozialistInnen sind viele seiner Ideen noch immer hochaktuell.

Wenn nach den „großen Söhnen“ der Republik gefragt wird, fällt schnell der Name Sigmund Freud. Dennoch werden seine Entdeckungen größtenteils ignoriert und bekämpft. Wie wichtig es ist, die Psychoanalyse heute hochzuhalten, zeigt sich, wenn z.B. Katrin Nachbaur (Team Stronach) daherredet, wie wichtig „die Gene“ für die Charakterentwicklung seien, wenn kleinste Vergehen vom Staat behandelt werden wie Schwerverbrechen und wenn Bildungs- und Sozialabbau ganze Bevölkerungsschichten ins Abseits treiben.

Freuds Leistung war, die erste materialistische Psychologie zu schaffen. Er baute seine Theorie auf der Basis von konkreten Erfahrungen auf, meist im Gespräch mit seinen PatientInnen. Die Psychoanalyse zeigt, dass unser individuelles Verhalten auf konkrete Erlebnisse, und wie wir diese verarbeitet haben, zurückzuführen ist.

Marx entdeckte die Bewegungsgesetze der Gesellschaft, Freud die des individuellen Seelenlebens. Freud geht, wie auch Marx, davon aus,

dass unser Handeln zuerst der Befriedigung unserer materiellen Bedürfnisse dient (Essen, Trinken, Sexualität etc.). Wenn uns das nicht möglich ist, müssen wir Dinge runterschlucken („verdrängen“). Doch das Verdrängte dringt aus dem „Unbewussten“ immer wieder hervor, als sogenannte „Neurose“. Freud meinte nicht, dass jeder Triebverzicht prinzipiell schlecht sei. Das Fortschreiten der menschlichen Entwicklung ist verbunden mit einer immer größeren Kontrolle unseres „Es“, unserer „aus der Körperorganisation entstandenen Triebe“ (Freud). Jedes Kind muss lernen, dass es nicht alles haben kann, was es will. Freud nennt diesen Lernprozess den Übergang vom „Lustprinzip“ zum „Realitätsprinzip“. Wie aber dieses Realitätsprinzip, also die äußere Welt, die Gesellschaft, beschaffen ist, und wie wir darin eingeführt werden, beeinflusst unser Seelenleben nachhaltig.

Freud erkannte, wie Marx, dass wir heute in einer Gesellschaft leben, die die technischen Mög-

lichkeiten hätte, allen Menschen ein Leben zu garantieren, in dem wir nicht so viel runterschlucken müssen. Doch stattdessen rechtfertigt sie die bestehenden Verhältnisse und zwingt uns, zu funktionieren. Darum, meint Freud, „... ist es begreiflich, dass diese Unterdrückten eine intensive Feindseligkeit gegen die Kultur entwickeln, die sie durch ihre Arbeit ermöglichen, an deren Gütern sie aber einen zu geringen Anteil haben“ und „es braucht nicht gesagt zu werden, dass eine Kultur, welche eine so große Zahl von Teilnehmern unbefriedigt lässt und zur Auflehnung treibt, weder Aussicht hat, sich dauernd zu erhalten, noch es verdient.“ (Freud)

Doch Freud war kein Marxist. Er erklärte die Geschichte der Menschheit nicht auf der Basis von historisch gewachsenen, materiellen Produktions- und Machtverhältnissen. Die Psychoanalyse „lehrt nichts über den Kapitalismus, viel aber darüber, was er aus den Menschen macht“ (Helmut Dahmer). Psychoanalyse kann den Marxismus

nicht ersetzen, aber sie kann ihn ergänzen. Sie ist eben nicht nur eine Behandlungsmethode für reiche PatientInnen. In Alltagszusammenhängen angewendet, kann sie uns helfen, das Verhalten unserer Mitmenschen und unser eigenes zu verstehen und zu reflektieren. Ob sie dieses Potential verwirklicht, „entscheidet sich nicht in der Kur, sondern in der Arena sozialer Kämpfe“ (Dahmer). Das Verstehen psychoanalytischer Zusammenhänge kann z.B. bei der Wiedereinführung von ehemaligen StraftäterInnen in die Gesellschaft, aber auch im ganzen Bildungssystem eine extrem wichtige und fortschrittliche Rolle spielen. Dafür müssen Law-and-Order-Politik und Bildungsabbau bekämpft werden.

Freud war natürlich ein Kind seiner Zeit und seiner (bürgerlichen) Klasse, was auf seine Theorie abfärbte. Doch auch wenn Freud vom gesellschaftlichen Sexismus beeinflusst war: Die Entdeckung der kindlichen Sexualität griff die bürgerliche Sexualmoral frontal an. Auch endet die Entwicklung der Psy-

choanalyse nicht mit dem Tod Freuds: Schriften von Horkheimer, Marcuse und anderen trugen zu ihrem Fortschritt und ihrem Verhältnis zum Marxismus bei, auch wenn ihre Urheber sich später vom Marxismus entfernten.

Freud begrüßte die russische Revolution als „großes Kulturexperiment“. In der jungen Sowjetunion florierte die Psychoanalyse. Als der Stalinismus überhand gewann, wurde sie als „unmarxistisch“ gebrandmarkt. Freud wandte sich enttäuscht ab. Andererseits verteidigten MarxistInnen wie Siegfried Bernfeld konsequent Freuds Ideen, ohne ihre eigene marxistische Grundanalyse aufzugeben. Der Kapitalismus muss gestürzt werden und durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzt werden, in der die Bedürfnisse der Menschen entscheiden, und nicht der Profit. Der Sozialismus ist die Verwirklichung von Freuds Vision einer „Kultur, die keinen mehr unterdrückt“.

Sebastian Kugler

SLP-Programm genau erklärt:

„Gegen imperialistische Ausbeutung durch Staaten und internationale Konzerne! Gegen den Einsatz von ausländischen Truppen und eine heuchlerische Besetzungspolitik, um de-

Angesichts des Terrors von ISIS/IS, Boko Haram & Co., angesichts des Trümmerhaufens, den der gesamte Nahe Osten und große Teile Afrikas darstellen, meinen auch immer mehr fortschrittliche

Oder, wie in Haiti, militärische Präsenz in strategischen Regionen aufgebaut werden kann. Oder, wie im Tschad, freundliche Marionettenregimes stabilisiert werden. Eine Militärintervention kann einzelne TerroristInnen töten – den Terrorismus nährt sie nur, weil sie eine Spur aus Verwüstung zurücklässt und imperialistische Dominanz ausbaut. Dem setzen wir die internationale Solidarität der ArbeiterInnenbewegung entgegen. Durch internationale Kanäle der Gewerkschaften oder der politischen Linken können Hilfsgüter, aber auch Kampfwerkzeug, gezielt geliefert werden: an die Kräfte in der Region, die gegen die Dschihadisten auf der Basis eines fortschrittlichen Programms kämpfen.

Internationale ArbeiterInnen-Solidarität gegen den Terror.

ren imperialistische Interessen durchzusetzen! Raus aus jeglichen Militärbündnissen! Nicht die USA, EU, NATO oder UNO bringen Frieden und eine Lebensgrundlage, sondern die internationale Solidarität der ArbeiterInnenklasse und eine demokratische Kontrolle über die Ressourcen eines Landes durch die arme und arbeitende Bevölkerung selbst!“

Menschen, „der Westen müsse eingreifen“. Diese Sichtweise ignoriert die lange, blutige Geschichte von Kolonialismus und Imperialismus, und die Narben, die sie in der Bevölkerung hinterließen. Der Westen, der Imperialismus, interveniert nie uneigennützig, sondern nur, wenn es „was zu holen gibt“ – wenn, wie im Irak, Rohstoffquellen eingenommen werden können.

Die Verbindung beider Felder

Seit drei Monaten bin ich Mitglied der SLP. Dass der Wunsch, gegen Kapitalismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie aktiv zu werden, ausschlaggebend für die Entscheidung ist, Mitglied in einer sozialistischen Organisation zu werden, ist klar. Aber es gibt viele linke Organisationen – warum die SLP? Ein Grund für mich, der SLP beizutreten: Dass sie beide Felder, in denen sich heute linke Aktivität

konzentriert, nämlich die traditionellen Organe der ArbeiterInnenbewegung einerseits, Organisationen linker Studierender andererseits, miteinander zu verbinden sucht. Der von ArbeiterInnen getragene Protest gegen Sozialkürzungen und zunehmende Schikane ist der Keim einer neuen sozialistischen Bewegung, und das linke studentische Milieu muss dazu motiviert werden, an seinem

Aufblühen mitzuwirken. Die SLP steht konsequent an der Spitze linker gesellschaftspolitischer Bewegungen – z.B. zur Unterstützung der Refugees oder im Kampf gegen christliche AbtreibungsgegnerInnen wie auch im ökonomischen Kampf der ArbeiterInnen z.B. gegen den Zwölfstundentag.

Fabian Lehr
(27, Philosophiestudent und Hilfsarbeiter)

Gewerkschaften im 21. Jahrhundert – Aufgaben, Grenzen, Möglichkeiten

Unsere Broschüre befasst sich mit der Rolle der Gewerkschaften im 21. Jahrhundert. Die Gewerkschaften als Kampfinstrument der ArbeiterInnenklasse, um gegen Kürzungen, Stellenabbau und Arbeitszeitflexibilisierung zu kämpfen, sind vor dem Hintergrund der Krise so wichtig wie nie zuvor. Doch entgegen ihrer geplanten Rolle als „Preisfechter für die Ware Arbeitskraft“ (Marx) klaffen

die Interessen der Bürokratie und der Beschäftigten meist auseinander. Wir erläutern die Notwendigkeit einer Kampforganisation, die Rolle der Fachgewerkschaften und auf welcher Grundlage ein sozialistisches Programm Erfolg haben kann.

Für nur 3 € jetzt online bestellen oder bei der SLP auf der nächsten Demo beziehen!



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

Natürlich bleibt die SLP
auch in Wien am Ball; im Herbst werden selbstverständlich die regelmäßigen Treffen wieder stattfinden. Bei Redaktionsschluss waren die Termine der SLP-Ortsgruppen

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Wien-West

Wien-Nord

Wien-Mitte

noch nicht fixiert. Infos, zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Andere über uns

profil: Für den konservativen Flügel der Kirche sind Sie ein rotes T... Website katholizismus.info schreibt: "Man glaubt, im falschen Film zu sein, bei der KPÖ oder der sozialistischen Linkspartei oder sonst in der marxistischen Wahnwelt."

„Profil“ konfrontierte Caritas-Direktor Landau mit dem Vorwurf der Fundi-Seite katholizismus.info, er hätte eine politische Nähe zur SLP. Landau stritt dies ab und auch wir können die Fundis beruhigen: Im Gegensatz zur Caritas wollen wir das Leid der Armen nicht nur lindern – wir wollen mit ihnen gegen die Ursachen ihrer Armut kämpfen – und gegen Fundis gleich mit. Verwechslungsgefahr ausgeschlossen.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Proteste gegen die Salzburger Festspiele

Mehr auf Seite 5

SPÖVP machen FPÖ stark

Nur eine neue kämpferische ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm kann den Zulauf zur FPÖ stoppen.

Die FPÖ käme laut Sonntagsfrage auf Platz eins. Das liegt v.a. an der Politik von SPÖVP. Viele sind von Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit und unleistbaren Mieten betroffen. Sie haben die Verantwortung von SPÖVP dafür erkannt und setzen keine Hoffnung in sie, daran etwas zu ändern. Mit den Bankenrettungen und den folgenden Sparpaketen haben sie dafür gesorgt, die Kosten der Krise auf die Menschen abzuladen und den Unternehmen die Profite zu sichern.

Die FPÖ kann sich als Partei für soziale Gerechtigkeit präsentieren und wird mangels linker Alternative von vielen deshalb gewählt. Sie tut so, als ob sie für höhere Pensionen und leistungsbereiten Mieten wäre.

Sie verbindet ihr „Sozialprogramm“ mit der ausländerfeindlichen Forderung, dass all das nur InländerInnen zustehen soll. Die meisten FPÖ-WählerInnen sind aber keine Ausländerfeinde, sondern hoffen auf eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ würde aber verschärfte Sparmaßnahmen bedeuten. Das zu erklären, reicht nicht. Wir brauchen eine glaubhafte kämpferische linke Alternative, die den Unmut aufgreift und Kämpfe für soziale Verbesserungen führt – nur so kann verhindert werden, dass es der FPÖ immer wieder gelingt, die soziale Misere der Menschen zu nutzen.

Georg Kumer



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.